

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 60. — Mit Durch Vorsträger 100. — Mit pro Woche durch die Post 900. — Mit pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—8 Uhr nachmittags. — Postfachkonto Nr. 81050. — Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8837

Montag, 12. Februar 1923

Anzeigenspreise: Die 3 gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 50. — Mit Stellen- und Wohnungsangeboten, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15. — Mit kleinen Anzeigen per Wort 3. — Mark. — Bei 1000: Die Millimeterzeile 3 gepaltene oder deren Raum im Text 150. — Mark.

Sinein in die proletarische Klassentampffront!

Die Bergleute im Saargebiet und in Lothringen streiten. Der Generalstreit der Bergarbeiter Frankreichs steht bevor. Französische Truppen weigern sich gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets vorzugehen. Das Proletariat Deutschlands und Frankreichs muß sich zum Kampf die Hände reichen.

Diesmal dauert es nicht so lange wie im Weltkrieg, bis hinter der Nebelwand der „nationalen Einheitsfront“ die proletarische Klassenfront sich formiert.

Die Saarbergleute führen einen gewaltigen Lohnkampf. Sie erheben wieder die alte Forderung nach Betriebsräten.

Gleichzeitig haben sich die Lothringer Bergleute erhoben.

Die Bergleute im übrigen Frankreich haben ihren Grubenherren Lohnforderungen eingereicht.

Aus Essen wird gemeldet, daß eine französische Schwadron in Walsrop sich weigerte, gegen deutsche Arbeiter vorzugehen.

Der proletarische Klassenkampf flammt hüben und drüben auf aus den gleichen elementaren Gründen.

Hüben und drüben, in Deutschland wie in Frankreich, wälzt die Bourgeoisie brutal und zynisch die Lasten des imperialistischen Angriffskrieges wie die Lasten der Verteidigung dem Arbeiter auf.

Und hüben wie drüben sind es allein die Kommunisten, die mit der Tat bei der Arbeiterklasse stehen, und die den internationalen Zusammenhang des Klassenkampfes herstellen.

Und hüben und drüben sind es die Reformsozialisten, die, welche Phrasen sie auch gebrauchen mögen, tatsächlich in den Reihen „ihrer“ Bourgeoisie stehen.

Der sozialdemokratische Parteiauschuß hat ein „Wirtschaftsprogramm“ angenommen, das u. a. die Erfassung der Sachwerte vorsieht.

Aber dieses „Wirtschaftsprogramm“ ist die reine Augenverblendung, ein glatter Schwindel, solange die Sozialdemokratie, ohne einen Finger dafür zu rühren, in der Durchhaltefront steht.

Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ vom 9. Februar konnte triumphierend feststellen, daß im Hauptauschuß des Reichstags alle großen Parteien, auch die Sozialdemokratie, hinter der Regierung Cuno stehen und daß nur der kommunistische Vertreter aus der bürgerlichen Front heraustrat.

Im sozialdemokratischen Parteiauschuß haben die Mels und Konforten die (schwache) Opposition eingeschüchelt mit der Frage, ob sie bereit seien, an Stelle Cunos die Regierung zu übernehmen, worauf die Opposition glatt kapituliert — wenn nämlich der Bericht des „Vorwärts“ zutrifft.

Was die sozialdemokratische Führung tut, ist Verrat an der Arbeiterklasse aus Passivität.

Wer diesen Verrat nicht mitmachen will, der noch verhängnisvoller sein wird, als der von 1914—1918, der hat die Pflicht, offen und klar dagegen aufzutreten.

Wer sein Gewissen durch das papierne „Wirtschaftsprogramm“ hat beruhigen lassen, der ist verpflichtet, in den Reihen der Arbeiterschaft offen dafür zu wirken, daß es durchgefämpft wird.

Die Not der Massen steigt und mit ihnen die Erbitterung.

Eine ~~zweckmäßige~~ ~~gezielte~~ ~~gezielte~~ auf Erfassung der Sachwerte zum Kampf gegen den Hunger und zur Abwehr an der Ruhr, und eine strenge Zwangswirtschaft unter Arbeiterkontrolle: das sind die Forderungen des Tages.

Dafür gilt es zu kämpfen, nicht mit Worten, sondern in der Tat, mit offenem Biss und mit dem Entschluß, an der Spitze der kämpfenden Massen das Ruder der Regierung in die Hand zu nehmen.

Im Osten, in der Türkei, steht der Wiederausbruch des Krieges auf Messers Schneide.

Das würde eine Verschärfung der internationalen Krise bedeuten.

Um so schneller muß die proletarische Klassenfront gebildet werden.

Ueber die Landesgrenzen hinweg müssen die Proleten sich die Hände reichen zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Kapitalismus. Kein Zentner Kohle darf nach Frankreich hinüber. In allen Betrieben und Gewerkschaften müssen die Proleten auf die Aufnahme des proletarischen Klassenkampfes dringen.

„Interessengemeinschaft.“

Am 1. Februar hat die Kommission des Reichsausschusses des Eisenwirtschaftsverbandes die Eisenpreise für die Zeit vom 1. bis 7. Februar folgendermaßen festgesetzt: Hämatit: 736 300 Mk. (es kostete am 1. 1. 196 700, am 16. 1. 284 800, am 23. 1. 384 900 Mk.); Stahleisen: ebenfalls auf 736 300 Mk. (die Preise vorher wie oben); Spiegeleisen: auf 624 500 Mk. (es kostete am 1. 1. 253 600, am 16. 1. und 23. 2. 354 100 Mk.).

Der Spießbürger weiß nicht ein noch aus. Breite Kreise der Arbeiterschaft sehen keinen Ausweg aus der Katastrophe. Sie stellen, ebenso wie der Spießbürger, die Frage: „Geseht, wir gehen den Weg, den die Kommunisten vorschlagen. Was wird dann geschehen? Was wird Sowjetrußland tun? Bedeutet das nicht Krieg gegen Frankreich? Wir sehen keinen Ausweg!“

Die Situation ist doch ganz anders. Jetzt stehen die Preissteigerungen. Ein Beispiel geben wir mit den Eisenpreisen. Solche Beispiele kann man auf jedem Gebiet geben. Kohlen kosteten 68 000 Mk. Sie sind um 100 Prozent teurer geworden. Textilwaren sind nicht zu bezahlen. Die Lebensmittelpreise springen tagtäglich in die Höhe. Die ordinärste Wurst kostet 5000 Mk. das Pfund; eine halbwegs erträgliche kostet 6400 Mk. Das sind Tatsachen. Und hier fragen nun sozialdemokratische Arbeiter, hier fragen Indifferente, hier fragen Kleinhändler: „Was soll geschehen? Was wird Rußland tun?“

Was tun die deutschen Kapitalisten? — Das ist die Frage, die zuerst zu stellen ist.

Sie erhöhen systematisch alle Preise. Sie senken systematisch die Mark. Sie putzen systematisch die nationalistischen Narren auf; sie verbreiten Greuelmeldungen; sie markieren nationalen Widerstand. Und sie verhandeln nicht nur inzwischen mit den „feindlichen“ Kapitalisten, sondern sie schließen unter dem Donner der nationalistischen Tiraden in Deutschland vorteilhafte Verträge ab, verflechten ihr Kapital mit dem ausländischen, schaffen Interessengemeinschaften, schaffen sich den Boden für verstärkte Ausbeutung des Proletariats.

Sind das nicht Tatsachen? Man beobachte doch das Steigen der Aktienkurse an den Börsen! Sprünge um 250 000 Punkte von einem Tag auf den anderen sind keine Ausnahme mehr. Französisches Kapital, englisches Kapital, amerikanisches Kapital kaufen ganze Aktienpakete auf. Die Verfilzung der deutschen Schwerindustrie mit der ausländischen wird planmäßig betrieben.

Ist das alles? Keine Spur! Die deutschen Kapitalisten gehen jetzt aufs Ganze. Um eine „Interessengemeinschaft“ zu erzwingen, verschärfen sie sogar ihre Fabrikationsgeheimnisse an den „Erbsind“. Das Vorgehen des Anilinongerns ist symptomatisch. Das ist jener patriotische Konzern, der während des Krieges nach den neuesten Verfahren der deutschen Professoren Haber, Permut usw. nicht nur Gelbkreuzgranatengase fabrizierte, sondern auch die Stickstoffherstellung aus Luft vornahm. Bekannt man sich nicht mehr auf die Loheshymnen, die während des Krieges angestimmt wurden? „Deutschland ist auf ewige Zeiten vom Ausland freigeworden; es braucht keinen fremden Salpeter mehr; es ist das einzige Land, welches das Geheimnis des Luftstickstoffes gelöst hat.“ Das war zu der Zeit, wo das Schlagwort der Heeresverwaltung war: Geld spielt keine Rolle! Die Patrioten sind während des Krieges sehr geworden an ihren Gießereien fürs Heer. Heute, wo die Franzosen besser zahlen können, liefern sie ihnen mit Vergnügen die Geheimnisse der Gelbkreuzgase, der künstlichen Stickstoffherstellung, der Anilinfabrikation und der Heeresverwaltung aus, die bisher das „heilige“ Monopol der deutschen „Wissenschaft“ waren.

Mit den Gelbkreuzgasen werden die verarmten Kapitalisten Deutschlands und Frankreichs auf das äußerste

Verschärfte Streiklage im Saargebiet und Lothringen.

Wie die sozialistische „Republik“ aus Metz berichtet, ist der Bergarbeiterstreik sowohl auf den Gruben in Lothringen wie auf denen des Saargebietes allgemein. Alle sind durch französisches Militär besetzt worden. Infolgedessen wurden sofort die Notstandsarbeiten zur Erhaltung der Gruben eingestellt.

Der Lohnkampf der Bergleute wird dadurch verschärft, daß die Arbeiter diesmal entschlossen sind, ihre alte Forderung nach Einrichtung von Betriebsräten unter allen Umständen durchzusetzen. Gerade dieser Forderung aber setzen die französischen Unternehmer den größten Widerstand entgegen, so daß man mit einer längeren Dauer des Ausstandes rechnen kann. Durch die militärische Besetzung der Gruben ist unter den Arbeitern eine besonders starke Erregung erzeugt worden und ihre Führer erklären, daß sie nicht eher in Verhandlungen eintreten, bis das Militär zurückgezogen ist.

Beharrender Bergarbeiterstreik in Frankreich.

Gleichzeitig mit dem Streit der Bergarbeiter im Saargebiet und Elsaß-Lothringen droht auch ein Streik in den übrigen Kohlengruben Frankreichs. In Paris tagt augenblicklich der Verwaltungsausschuß der federativen Bergarbeiterunions Frankreichs, der die Proklamierung eines Generalstreiks der Bergarbeiter für ganz Frankreich vorbereitet.

Kommunistische Propaganda unter der Ruhrbesatzung.

In den letzten Tagen wurden im ganzen Ruhrgebiet Tausende von Plakaten der Kommunistischen Jugend-

internationale in blau-weiß-roten Farben (den Farben der Trikolore) angeklebt, die sich in ersten Worten an die französischen Soldaten wenden und sie über die verbrecherische Militäraktion Poincares aufklären.

Diese Plakate erregen überall großes Aufsehen und fanden große Beachtung nicht nur unter den Truppen, sondern auch in der ganzen Bevölkerung. Die französischen Kommandanten haben natürlich die sofortige Vernichtung der Plakate angeordnet.

Französische Truppen weigern sich gegen deutsche Zivilisten vorzugehen.

Aus Essen wird gemeldet: Die Besatzungstruppe von Datteln erbat, da die Arbeiter, Beamten und Geschäftsteile eine Protestbewegung begonnen hätten, Hilfe von Walsrop. Von dort wurde eine Schwadron nach Datteln abkommandiert. Beim Antrreten zum Abmarsch weigerten sich aber sämtliche Mannschaften, dem Abmarschbefehl Folge zu leisten, da sie nicht gegen Zivilisten vorgehen würden. Die Schwadron mußte wieder abziehen und in ihre Quartiere gehen.

Das rote Ruhrgebiet!

Die kommunistische Partei entfaltet in dem alten und neubefreiten Gebiet eine rührige Agitations- und Versammlungsstätigkeit. Während die Sozialdemokratie infolge ihrer inneren Zerrissenheit nichts veranlaßt, sind unsere Versammlungen nahezu restlos überfüllt und nehmen einen glänzenden Verlauf. Die Arbeiterschaft am Rhein und an der Ruhr sieht immer deutlicher, daß es sich um einen Krieg der Kapitalisten Deutschlands und Frankreichs auf Kosten des Proletariats handelt. In verschiedenen Städten des Ruhrgebiets wurden Kundgebungen der Arbeiterschaft veranstaltet.

Knäppel aus dem Sack!

Die chauvinistische Stimmung macht verheerende Eroberungen... Die Worte unseres Genossen Sinowiew zu Kriegsbeginn...

In Breslau wird das Erbe der Nationalisten zu einer wahren Plage... In den Polales lassen sie nationalistische und monarchistische Lieder...

Wenn auch Arbeiter, die chauvinistischen Heger belächeln... dann gibt ihnen ihre Hände so zu spüren...

Festhammer. Jugendfeier am Sonntag... den 4. Februar hielt unsere Ortsgruppe der Kommunistischen Jugend...

Revolution in Bayern, Opatzen u. Bei der am Schluss vorgenommenen Zellerstimmung zur Bedeckung der Unkosten wurde ein Betrag von 154 Mk. eingezahlt...

Waldenburg. Eine öffentliche Volksversammlung... die hier am vergangenen Sonntag hat. Gen. Graf referierte über das Thema...

Kreiswahl O-G. Zur Kreiswahlwahl. In Kreise Wahlwahl wurden die Genossen Knecht und Schuber in den Kreiswahl gewählt...

Die Stadt hat kein Geld. Darum beschließen Sozialdemokratie und Bürgerblock Erhöhung der Gas-, Elektrizität- und Straßenbahnfahrpreise und geben drei Millionen für den nationalistischen Ruhrrummel.

Selten haben sich die Heuchler im Stadtparlament so offen gezeigt, als in der letzten Sitzung am Donnerstag, den 8. Februar... Die Stadt hat kein Geld...

Der Beginn der Sitzung war ziemlich ruhig. Eine Anzahl Tagesordnungspunkte wurden mit der üblichen Interesselosigkeit erledigt...

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise ab 12. Februar... wie folgt vor: einfache Fahrt bis 9 Uhr abends innerhalb der Jahrgrenzen 100 Mk...

Im Anschluß daran wurde in alter Feier darüber geredet, daß man die Erhöhung "sehr bedauere" und es werden wie üblich auch einige Unschicklichkeiten zur Besserung gemacht...

Entlassung von Straßenbahnern... zu besprechen. Von den 24 Entlassenen ist dies gefordert, und ein diesbezüglicher Antrag dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Rask unterbreitet worden...

Erhöhung der Preise für Gas- und Elektrizität... Sozialdemokrat Dars begründete die Notwendigkeit dieser Erhöhung damit, daß die Gasse der Stadt ihren Arbeiter erhöht werden...

Darnach wurde der Dringlichkeitsantrag 5 betr. Bewilligung von 3 Millionen für das Ruhrgebiet... beraten. Sozialdemokrat Mart begründete und empfahl diesen Antrag...

Ortsauswahlprüfung der freien Gewerkschaften am 22. Januar 1923... Die sehr viele Ortsauswahlprüfungen der freien Gewerkschaften in bürgerlich-nationalistisches Gehirnwasser...

Rechtlich O-G. Zur Kreiswahlwahl. In Kreise Wahlwahl wurden die Genossen Knecht und Schuber in den Kreiswahl gewählt... In der Sitzung wurde die Liste und besonders den Genossen...

Stadtparlament O-G. Stadtparlamentersitzung am 1. Februar 1923... Zu Beginn der Sitzung wurden die neuen Stadtparlamentarier, welche an Stelle der als Magistratsmitglieder gewählten Stadtparlamentarier eingetreten sind...

Der nächste Dringlichkeitsantrag sah eine Anpassung der Richtsätze für die Gaspreise... Die Richtsätze für die Gaspreise ermäßigung bei März...

Notstandsmaßnahmen für Sozialrentner... wurden bewilligt und der Magistrat ermächtigt, in Zukunft die Auszahlungen sofort vorzunehmen...

Eine längere Debatte rief die Vorlage betr. Erhebung einer Nachtragsumlage zu den Realsteuern für 1922 hervor... Die Vorlage wurde gemeinsam mit der in voriger Sitzung zurückgestellten sozialdemokratischen Anfrage...

Wir haben die Finanzen aufrechterhalten durch eine brutale Steuer auf Gas, Wasser und Elektrizität... Diese Steuern sind schlimmer als jede Einkommensteuer...

heraus. Es gibt kein Mittel, den Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie aufzuhalten... Nur zwei Wege bleiben offen; entweder Diktatur des Kapitals...

Ohne längere Debatte wurden folgende Vorlagen angenommen: Aufhebung der Gebührenordnung für die Benutzung der Entseuchungsanstalt...

te ungen leitens des Bürgermeisters Schwan ist die Versicherung hervorzubringen, daß in kurzer Zeit die Möglichkeit eintritt, in den Räumen des Theaters die Volkshochschule zu unterrichten...

Die Vorlage wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen... Eine längere Debatte rief eine dringliche Anfrage des Stadtparlamentarier Wibera (Soz.) hervor...

Die Vorlage wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen... Eine längere Debatte rief eine dringliche Anfrage des Stadtparlamentarier Wibera (Soz.) hervor...

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzel-Nummer 60.— Mk. Durch Abnehmer 900.— Mk. pro Woche. Durch die Post 900.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktionsgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach-Nr. 810 59. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 8837!

Montag, 12. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 50.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 3 gespaltene oder deren Raum im Text 150.— Mark.

Sinein in die proletarische Klassenkampffront!

Die Bergleute im Saargebiet und in Lothringen streifen. Der Generalstreik der Bergarbeiter Frankreichs steht bevor. Französische Truppen weigern sich gegen die Arbeiterchaft des Ruhrgebiets vorzugehen. Das Proletariat Deutschlands und Frankreichs muß sich zum Kampf die Hände reichen.

Diesmal dauert es nicht so lange wie im Weltkrieg, bis hinter der Nebelwand der „nationalen Einheitsfront“ die proletarische Klassenfront sich formiert.

Die Saarbergleute führen einen gewaltigen Lohnkampf. Sie erheben wieder die alte Forderung nach Betriebsräten.

Gleichzeitig haben sich die Lothringer Bergleute erhoben.

Die Bergleute im übrigen Frankreich haben ihren Grubenherren Lohnforderungen eingereicht.

Aus Essen wird gemeldet, daß eine französische Schwadron in Waltrop sich weigerte, gegen deutsche Arbeiter vorzugehen.

Der proletarische Klassenkampf flammt hüben und drüben auf aus den gleichen elementaren Gründen.

Hüben und drüben, in Deutschland wie in Frankreich, wälzt die Bourgeoisie brutal und zynisch die Lasten des imperialistischen Angriffs wie die Lasten der Verteidigung dem Arbeiter auf.

Und hüben wie drüben sind es allein die Kommunisten, die mit der Tat bei der Arbeiterklasse stehen, und die den internationalen Zusammenhang des Klassenkampfes herstellen.

Und hüben und drüben sind es die Reformsozialisten, die, welche Phrasen sie auch gebrauchen mögen, tatsächlich in den Reihen „ihrer“ Bourgeoisie stehen.

Der sozialdemokratische Parteiauschuß hat ein „Wirtschaftsprogramm“ angenommen, das u. a. die Erfassung der Sachwerte vorsieht.

Aber dieses „Wirtschaftsprogramm“ ist die reine Augenverblendung, ein glatter Schwindel, solange die Sozialdemokratie, ohne einen Finger dafür zu rühren, in der Durchhaltefront steht.

Das „Nacht- und Abendblatt“ vom 9. Februar konnte triumphierend feststellen, daß im Hauptausschuß des Reichstags alle großen Parteien, auch die Sozialdemokratie, hinter der Regierung Cuno stehen und daß nur der kommunistische Vertreter aus der bürgerlichen Front herastrat.

Im sozialdemokratischen Parteiauschuß haben die Wels und Konforten die (schwache) Opposition eingeschüchtert mit der Frage, ob sie bereit seien, an Stelle Cunos die Regierung zu übernehmen, worauf die Opposition glatt kapitulierte — wenn nämlich der Bericht des „Vorwärts“ zutrifft.

Was die sozialdemokratische Führung tut, ist Verrat an der Arbeiterklasse aus Passivität.

Wer diesen Verrat nicht mitmachen will, der noch verhängnisvoller sein wird, als der von 1914—1918, der hat die Pflicht, offen und klar dagegen aufzutreten.

Wer sein Gewissen durch das papierne „Wirtschaftsprogramm“ hal beruhigen lassen, der ist verpflichtet, in den Reihen der Arbeiterchaft offen dafür zu wirken, daß es durchgekämpft wird.

Die Not der Massen steigt und mit ihnen die Erbitterung.

Eine Zwangsleihe, gerichtet auf Erfassung der Sachwerte zum Kampf gegen den Hunger und zur Abwehr an der Ruhr, und eine strenge Zwangswirtschaft unter Arbeiterkontrolle: das sind die Forderungen des Tages.

Dafür gilt es zu kämpfen, nicht mit Worten, sondern in der Tat, mit offenem Biss und mit dem Entschluß, an der Spitze der kämpfenden Massen das Ruder der Regierung in die Hand zu nehmen.

Im Osten, in der Türkei, steht der Wiederausbruch des Krieges auf Messers Schneide.

Das würde eine Verschärfung der internationalen Krise bedeuten.

Um so schneller muß die proletarische Klassenfront gebildet werden.

Ueber die Landesgrenzen hinweg müssen die Proleten sich die Hände reichen zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Kapitalismus. Kein Zentner Kohle darf nach Frankreich hinüber. In allen Betrieben und Gewerkschaften müssen die Proleten auf die Aufnahme des proletarischen Klassenkampfes dringen.

„Interessengemeinschaft.“

Am 1. Februar hat die Kommission des Reichsausschusses des Eisenwirtschaftsverbandes die Eisenpreise für die Zeit vom 1. bis 7. Februar folgendermaßen festgesetzt: Hämatit: 736 300 Mk. (es kostete am 1. 1. 196 700, am 16. 1. 284 800, am 23. 1. 384 900 Mk.); Stahleisen: ebenfalls auf 736 300 Mk. (die Preise vorher wie oben); Spiegeleisen: auf 624 500 Mk. (es kostete am 1. 1. 253 600, am 16. 1. und 23. 2. 354 100 Mk.).

Der Spießbürger weiß nicht ein noch aus. Breite Kreise der Arbeiterchaft sehen keinen Ausweg aus der Katastrophe. Sie stellen, ebenso wie der Spießbürger, die Frage: „Geht, wir gehen den Weg, den die Kommunisten vorschlagen. Was wird dann geschehen? Was wird Sowjetrußland tun? Bedeutet das nicht Krieg gegen Frankreich? Wir sehen keinen Ausweg!“

Die Situation ist doch ganz klar. Feststehen die Preissteigerungen. Ein Beispiel geben wir mit den Eisenpreisen. Solche Beispiele kann man auf jedem Gebiet geben. Kohlen kosteten 68 000 Mk. Sie sind um 100 Prozent teurer geworden. Textilwaren sind nicht zu bezahlen. Die Lebensmittelpreise springen tagtäglich in die Höhe. Die ordinärste Wurst kostet 5000 Mk. das Pfund; eine halbwegs erträgliche kostet 6400 Mk. Das sind Tatsachen. Und hier fragen nun sozialdemokratische Arbeiter, hier fragen Indifferente, hier fragen Kleinbürger: „Was soll geschehen? Was wird Rußland tun?“

Was tun die deutschen Kapitalisten? — Das ist die Frage, die zuerst zu stellen ist.

Sie erhöhen systematisch alle Preise. Sie jenseit systematisch die Mark. Sie putzen systematisch die nationalistischen Narren auf; sie verbreiten Greuelmeldungen; sie markieren nationalen Widerstand. Und sie verhandeln nicht nur inzwischen mit den „feindlichen“ Kapitalisten, sondern sie schließen unter dem Donner der nationalistischen Tiraden in Deutschland vorteilhafte Verträge ab, verflechten ihr Kapital mit dem ausländischen, schaffen Interessengemeinschaften, schaffen sich den Boden für verstärkte Ausbeutung des Proletariats.

Sind das nicht Tatsachen? Man beobachte doch das Steigen der Aktienkurse an den Börsen! Sprünge um 250 000 Punkte von einem Tag auf den anderen sind keine Ausnahme mehr. Französisches Kapital, englisches Kapital, amerikanisches Kapital kaufen ganze Aktienpakete auf. Die Verfilzung der deutschen Schwerindustrie mit der ausländischen wird planmäßig betrieben.

Ist das alles? Keine Spur! Die deutschen Kapitalisten gehen jetzt aufs Ganze. Um eine „Interessengemeinschaft“ zu erzwingen, verschärfen sie sogar ihre Fabrikationsgeheimnisse an den „Erbsünden“. Das Vorgehen des Anilin Konzerns ist symptomatisch. Das ist jener patriotische Konzern, der während des Krieges nach den neuesten Verfahren der deutschen Professoren Haber, Kernst usw. nicht nur Gelbkreuzgranatengase fabrizierte, sondern auch die Stickstoffbereitung aus Luft vornahm. Bestimmt man sich nicht mehr auf die Lobeshymnen, die während des Krieges angestimmt wurden? „Deutschland ist auf ewige Zeiten vom Ausland freigeworden; es braucht keinen fremden Salpeter mehr; es ist das einzige Land, welches das Geheimnis des Luftstickstoffes gelöst hat.“ Das war zu der Zeit, wo das Schlagwort der Heresieverwaltung war: Geld spielt keine Rolle! Die Patrioten sind während des Krieges fett geworden an ihren Giftlieferungen fürs Heer. Heute, wo die Franzosen besser zahlen können, liefern sie ihnen mit Vergnügen die Geheimnisse der Gelbkreuzgase, der künstlichen Stickstoffbereitung der Anilinfarbenfabrikation und der Medekamente aus, die bisher das „heilige“ Monopol der deutschen „Wissenschaft“ waren.

Mit den Gelbkreuzgasen werden die vereinigten Kapitalisten Deutschlands und Frankreichs auf das ausständig-

Beschärfte Streiklage im Saargebiet und Lothringen.

Wie die sozialistische „Republik“ aus Mex berichtet, ist der Bergarbeiterstreik sowohl auf den Gruben in Lothringen wie auf denen des Saargebietes allgemein. Alle sind durch französisches Militär hejzt worden. Infolgedessen wurden sofort die Arbeitsarbeiten zur Erhaltung der Gruben eingestellt.

Der Lohnkampf der Bergleute wird dadurch verschärft, daß die Arbeiter diesmal entschlossen sind, ihre alte Forderung nach Einrichtung von Betriebsräten unter allen Umständen durchzusetzen. Gerade dieser Forderung aber setzen die französischen Unternehmer den größten Widerstand entgegen, so daß man mit einer längeren Dauer des Ausstandes rechnen kann. Durch die militärische Besetzung der Gruben ist unter den Arbeitern eine besonders starke Erregung erzeugt worden und ihre Führer erklären, daß sie nicht eher in Verhandlungen eintreten, bis das Militär zurückgezogen ist.

Behorkehender Bergarbeiterstreik in Frankreich.

Gleichzeitig mit dem Streik der Bergarbeiter im Saargebiet und Elsaß-Lothringen droht auch ein Streik in den übrigen Kohlengruben Frankreichs. In Paris tagt augenblicklich der Verwaltungsausschuß der föderativen Bergarbeiterunionen Frankreichs, der die Proklamierung eines Generalstreiks der Bergarbeiter für ganz Frankreich vorbereitet.

Der Kampf gegen das französische Grubentapital entbrennt somit auf der ganzen Linie.

Kommunistische Propaganda unter der Ruhrbesatzung.

In den letzten Tagen wurden im ganzen Ruhrgebiet Tausende von Plakaten der Kommunistischen Jugend-

internationale in blau-weiß-roten Farben (den Farben der Tricolore) angeklebt, die sich in ersten Worten an die französischen Soldaten wenden und sie über die verbrecherische Militäraktion Poinceares aufklären.

Diese Plakate erregen überall großes Aufsehen und fanden große Beachtung nicht nur unter den Truppen, sondern auch in der ganzen Bevölkerung. Die französischen Kommandanten haben natürlich die sofortige Vernichtung der Plakate angeordnet.

Französische Truppen weigern sich gegen deutsche Zivilisten vorzugehen.

Aus Essen wird gemeldet:

Die Besatzungstruppe von Datteln erbat, da die Arbeiter, Beamten und Geschäftsleute eine Protestbewegung begonnen hätten, Hilfe von Waltrop. Von dort wurde eine Schwadron nach Datteln abkommandiert. Beim Antraten zum Abmarsch weigerten sich aber sämtliche Mannschaften, dem Abmarschbefehl Folge zu leisten, da sie nicht gegen Zivilisten vorgehen würden. Die Schwadron mußte wieder abziehen und in ihre Quartiere ziehen.

Das rote Ruhrrevier!

Die Kommunistische Partei entfaltet in dem alten und neubefesteten Gebiet eine rührige Agitations- und Versammlungstätigkeit. Während die Sozialdemokratie infolge ihrer inneren Zerrissenheit nichts vorantreibt, sind unsere Versammlungen nahezu restlos überfüllt und nehmen einen glänzenden Verlauf. Die Arbeiterchaft am Rhein und an der Ruhr sieht immer deutlicher, daß es sich um einen Krieg der Kapitalisten Deutschlands und Frankreichs auf Kosten des Proletariats handelt. In verschiedenen Städten des Ruhrgebiets wurden Kundgebungen der Arbeiterchaft veranstaltet.

Reichsparteitag der KPD.

Die Taktik der Einheitsfront und die Arbeiterregierung.

Genosse Maslow als Korreferent.

Anfang November 1917 sind eine Anzahl altbewährter Genossen aus der alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgetreten. Da jubelte die Bourgeoisie über den Zerfall der SPD. Den Tag darauf aber hatten die Bolschewiki die Bourgeoisie aufs Haupt geschlagen und die Diktatur des Proletariats errichtet.

Wir sind keine MSB, die einheitliche Beschlüsse fassen und nachher ausmandern und gegen ihre eigenen Beschlüsse handeln. Wir bringen unsere Gegenseite hier zum Austrag und werden draußen einig sein. (Beifall.) Die Bourgeoisie hat zu früh gelacht. Wir werden ihr antworten, indem wir sie dahinführen, wohin unsere russischen Genossen ihre Bourgeoisie geführt haben und unsere proletarische Macht aufrichten.

Das Referat des Gen. Brandler sprach von den bisherigen Diskussionen in deutscher Weise ab. Doch eine Bemerkung ist zu rügen. Gen. Brandler kennzeichnete uns links als subversive Elemente, die nicht aus den Betrieben herkommen. Ich möchte fragen, ob unsere Genossen Schämann und Ruppert Intellektuelle sind. Das sind Argumente, wie sie 1912 und 1913 gegen Kadel und Rosa Luxemburg gebraucht wurden. Wir haben keinen Kadel und keine Rosa, aber wir besitzen

Das Verbot unserer Organisationen.

Wir haben Mangel an alten populären Führern, aber wir haben uns das Vertrauen unserer Organisationen nicht erlichnen: unsere junge Partei muß sich ihre Führer schaffen und den ehrlichen Willen lassen wir uns nicht abprechen.

Zur Sache selbst: Unsere gesamten taktischen Fragen stammen daher, daß die Entwicklung der Weltrevolution einen äußerst komplizierten Gang nimmt. Nach der breiten revolutionären Welle der Jahre 1917-19 sind wir in das Stadium der Gegenwärtigen des Kapitals eingetreten, die Schritt für Schritt vorrückt. So entsteht die Frage der

Abwehrfront.

die übergeführt werden kann in eine Angriffsfront. Zahlreich sind die Positionen, die die Bourgeoisie gewonnen hat. Zurückgelassen hat die Arbeiterfront: einen isolierten Rest bilden nur die Betriebsräte, für die wir uns einsetzen, weil sie ein christlich-revolutionäres Klasseninstrument, die einzige wirklich revolutionäre Erregungskraft sind. Die SPD ist erkrankt. War sie 1918 gezwungen, Volksaufträge zu markieren, so ist sie heute zum härtesten Volkswort der Bourgeoisie geworden.

Die schwierigste Taktik des Tages ist die Auflösung der Massen von den demokratischen Illusionen. Das Anschwellen des Jähzorns ist nicht nur zu erklären aus der Enttäuschung kleinbürgerlicher Elemente: es sind darunter auch solche, die für die Diktatur des Proletariats waren und die eine gewisse Sehnsucht nach Aktivität haben. Die Nationalsozialisten täuschen den Anschein vor, als ob sie aktiv seien. Tatsächlich sind sie die Angewandten des Kapitals, die auf die Arbeiterfront losgehen sind.

Die taktische Frage, darin stimme ich mit dem Genossen Brandler überein, muß von dem Parteitag eindeutig beantwortet werden.

Die Frage der

Einheitsfronttaktik

ist eine prinzipiell wichtige Frage, sie ist eine Frage des Kampfes. Es bestehen Differenzen in der Beurteilung der politischen Situation in unserer Reihen. Gen. Brandler sprach heute von der Möglichkeit einer schnelleren Zubereitung der Situation, die Gen. Kleine getreten nicht zugeben wollte. Wir müssen auch über diese Fragen eine Klärung schaffen.

Die Linie der Einheitsfront behauptet, daß die SPD nicht kämpfen kann. Die Frage muß gestellt werden: ob die SPD als Partei kampffähig ist. Diese Frage bejahen wäre gleichbedeutend mit der Liquidation der KPD. Selbst wenn wir die SPD in den Kampf zwingen, wird sie in den Kampf gehen um ihn zu gewinnen. Sie wird stets ein Stück der Bourgeoisie bleiben und nicht zu einem Flügel der Arbeiterfront werden. Das heißt nicht, daß nicht in der SPD viele ehrliche revolutionäre Kämpfer sind, aber es gibt diese von ihren Jahren herab und das ist nicht nur eine propagandistische Angabe.

Die Frage der

Arbeiterregierung

erfordert von uns die klare Sprache, und die größte Bereitschaft. Die SPD wird so schnell wie es geht, aus der Arbeiterregierung herauszutreten und wieder in die Reihen der Bourgeoisie zu treten.

Wenn es heißt, die SPD habe auch im Kampf-Wort gesündigt, so ist doch die Sache so, daß sie damals aufgerufen hat um den Sozialen Eberth zu verteidigen und als wirkliche Kämpfer kamen, alles daran gesetzt hat, sie zu sabotieren.

Wir haben keine Furcht vor Verhandlungen mit Spitzenerorganisationen, aber wenn Brandler sagt, wir müssen in die Verhandlungen hineingehen mit der ehrlichen Bereitschaft zu kämpfen, so sagen wir, wir gehen an die Verhandlungen mit dem festen Willen, daß die SPD nicht kämpfen kann. In den Arbeiterreihen aber sagen wir: Die Forderungen, die wir an diese Organisationen stellen, sind keine Verhandlungen, sie sind Forderungen nach Abbruch. Wenn ihr aber eure Führer nicht zwingt und zwingt, dann werden sie keinen Schritt tun, um Euch auch nur aus Euren Lagern zu helfen.

Die KPD hat vielerlei Fehler gemacht. Aber sie hat sich nie von Kämpfen gedrückt. Wir bleiben die Vorhut, auch wenn wir mit dem Gros der Arbeiterfront gemeinsam kämpfen.

Der Kollisionskurs

war nicht ein Angriff auf einen bürgerlichen Minister, er war ein Angriff auf das Proletariat. Damals mußte die Zentrale der Partei sofort mit einem Aufruf hervortreten. Sie hat es nicht getan. Das war ein Fehler der Zentrale und nicht der Roten Fahne. Die Verhandlungen mit den Spitzenerorganisationen wurden geheim gehalten, die Öffentlichkeit nur sehr mäßig über sie orientiert. Wenn heute Gen. Brandler sagt, das sei die Schuld der Roten Fahne, so sagen wir, der Chef der Roten Fahne war ein Mitglied der Zentrale.

Wahlliche Soldaten erörtern, sie wählen, was sie tun, wenn die Arbeiter antworten.

In anderen Orten des Reiches verhielten sich die Soldaten mit den französischen Soldaten.

Genosse Eberlein vor dem Staatsgerichtshof.

Der Reichstag, 8. Febr. Das Verfahren gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Eberlein, das seit dem Jahre 1921 wegen Hochverrats und Unterstützung zur Verhinderung von Sachschäden, ist zum Reichsgericht an den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik abgegangen worden.

Die Zentrale mußte die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen treffen, wenn die Redaktion der Roten Fahne verlagte.

Die Einheitsfront hätte leicht organisiert werden können, weil die Massen in Bewegung waren. Sie warteten nur auf ein klares Wort. In der Aktivität der Berliner Organisation hat es nicht gefehlt. Rechte Tendenzen waren vorhanden; sie bestanden aber in der Furcht vor der Spaltung. Die Zentrale hat jeden Tag beschlossen, die Beratungen abubrechen und jeden Tag diesen Beschlüssen wieder ungeworfen. Wenn man uns das Sündenregister der linken Abweichungen in den Reihen der Zentrale vorhält, so erinnern wir daran, daß die Württembergische Organisation einen Aufruf mitunterzeichnet hat, in dem der Kampf für Demokratie und Freiheit gefordert wurde.

Brandler sprach viel von der Einheitsfront von oben. Eine solche Situation ist möglich, wenn von unten her bei den Massen die Disposition besteht, die Einheitsfront zu organisieren. Es ist falsch, wenn einige Kreise in der Partei die Auffassung haben, die KPD sei eine Partei wie die anderen, sie könne mit anderen Parteien zusammenkämpfen. Ein Kampf ist nur möglich, wenn die KPD die Führung hat und alle anderen sich hinter sie stellen.

Die Betriebsrätebewegung

steht noch im Anfangsstadium, aber sie hat einen Anfang genommen, wie keine Bewegung seit 1919. Durch sie hat der Rätegedanke einen neuen ideologischen Vorstoß genommen, der der Anfang eines ideologischen Durchbruchs ist. Der Rätegedanke ist allzu lange von der KPD vernachlässigt worden. Allerdings waren die Massen auch nicht immer reif, ihn aufzunehmen. Das hat sich 1920 beim russisch-polnischen Krieg gezeigt, wo die Arbeiterfront die Parole der Bildung von Arbeiterreihen nicht verstanden hat, obwohl sie erst ein Jahr vorher für sie gekämpft hatte.

Aber auch ein formales Vorhandensein von Arbeiterreihen ist an sich noch keine revolutionäre Erscheinung. Das zeigt Österreich, wo Arbeiterreihen vorhanden sind, wo eine Bewahrung des Proletariats durch die Sozialdemokratie erfolgt ist und trotzdem nichts von der Diktatur des Proletariats zu spüren war. Diese in Österreich in der ersten Welle der Revolution entstandenen Arbeiterreihen sind steril geworden, die SPD hat sie ausgenutzt zur Entwertung des Proletariats, und der Wiener Arbeiterrat ist heute nur noch ein Pöpel.

In Deutschland verläuft die Entwicklung anders. Ansätze zur Bildung von Arbeiterreihen hatten wir bei den Kämpfen im Waldenburger Revier und beim Lichtenburger Hungerstreik.

Ueber die Frage der

Arbeiterregierung

bestehen weitliche Differenzen. Die Arbeiterregierung ist eine Sammelbezeichnung für sämtliche Kämpfe, die sich in der Form der Einheitsfront vollziehen. Die Abwälzung der Steuerlasten auf den Besitz wird nicht möglich sein ohne entscheidende unermessliche Kämpfe, ohne den Bürgerkrieg. So wird die Arbeiterregierung, sobald sie auftritt, die Machtfrage aufrufen und den Übergang von der Defensiv zur Offensiv vollziehen. Das wird auch in Sachsen so sein. Die Beteiligung an der Arbeiterregierung ist kein Aufgeben der Diktatur des Proletariats. Wir werden die Arbeiterregierung durchführen bis zur Diktatur des Proletariats; sonst sind nicht einmal die Abwehrreize zu erreichen.

Im Mittelpunkt steht die Frage

Wem ist die Arbeiterregierung verantwortlich?

Es ist wesentlich, daß sie außerparlamentarischen Kontrollorganen verantwortlich sein muß.

Die Waffenfrage aufrufen heißt beginnen, sie zu lösen. Wer das auf demokratischem legalen Wege erreichen will, der macht ein Experiment ähnlich dem der Verankerung der Rätekonstitution in der Weimarer Verfassung. Der Bürgerkrieg ist ein Programmpunkt der KPD, ohne ihn sind selbst Abwehraktionen nicht zu erreichen. Wir müssen an die vorhandenen Situationen anknüpfen und sie ausnützen, wir müssen uns aber hüten, sie zu steigern. Die Lösung der Waffenfrage muß begonnen sein, wenn die Arbeiterregierung sich auch nur einige Tage halten soll. Die Klärung, daß die Arbeiterregierung sich ihre Voraussetzungen selbst schaffen muß, ist so unwahrscheinlich, wie die Jungenerregung. Wir müssen den SPD-Arbeitern erklären: Wenn ihr heute das Kapital angreift, könnt ihr heute die politische Macht erobern.

Zur Frage der

Arbeiterregierung in Sachsen

ist es eine ideologische Auffassung, wenn man sagt, die Verhandlungen sind gescheitert an diesem oder jenem Punkt; sie hätten an einem anderen Punkt scheitern sollen. Die Frage steht so: War damals eine Massenbewegung vorhanden, so daß sie zum Kampf um die Arbeiterregierung hätte führen können? Wir verneinen diese Frage, sonst wäre es nicht möglich gewesen, die Regierung auf derselben Grundlage neu zu bilden, ohne daß die Massen sich gerührt haben.

In der heute neu aufgeworfenen Situation gilt es, in Sachsen die Betriebe und die Gewerkschaften zu mobilisieren und einen sächsischen Betriebsrätekongress einuberufen, der die Frage der Regierungsbildung aufruft. Das Proletariat ganz Deutschlands muß diese Bewegung unterstützen.

Die Regierung Lipinski, die sich im Landtage ein Maßnahmenbündel gefordert hat, verhandelt wahrscheinlich schon heute mit der Bourgeoisie um die Neubildung der Regierung. Gegenwärtig müssen wir die Massen mobilisieren. Die sächsische Regierungsbildung darf nicht entschieden werden im Landtag; sie muß entschieden werden in den Betrieben!

Die Bewegung zur

Abwehr der bolschewistischen Angriffe

muß von der Oelambarte auf entschiedenste unterstützt werden. Hier gibt es keine Differenzpunkte.

Der Parteitag ist dazu da, alle Streitigen Fragen in aller Ausführlichkeit und Offenheit zu diskutieren. Nach seinem Abschluß muß die gesamte Partei in den politischen Kampf einreten, geschlossen wie ein Mann. Sie muß ihre Aufgaben durchführen und über die Bewaffnung der Arbeiterfront, über die Arbeiterdiktatur vordringen zur Rätekonstitution!

Da es sich bei den begangenen Straftaten um einen gegen die Republik gerichteten Anschlag handelt.

Man darf nicht erwarten, daß der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik gegen Genossen Eberlein mit derselben Objektivität urteilen wird, wie gegen die deutschnationalen Angeklagten.

Der neue Wojewode.

Zum Wojewoden in Pommern-Oberschlesien ist Herr Schultis aus Rastenburg ernannt worden. Der neue Wojewode war bisher Beamter beim Wojewodenschatzamt in Rastenburg. Er wird am 17. Februar seinen Dienst in Rastenburg antreten.

Proletariat schicken, und dieselben Leute, die heute im Inland von der „Einigkeit der Nation“ reden, um zwischen ihre Geschäfte mit den französischen und englischen Kapitalisten vorteilhafter abzuschließen, werden dann, wenn die Geschäfte abgeschlossen sind, mit den Geächteten Europas gegen ihre „Vollstgenossen“ vorgehen, um „Ruhe und Ordnung“ herzustellen, auf daß das Geschäft nicht gestört werde.

Und die Nationalsozialisten? Was wollen sie eigentlich? Sie wollen doch, so glauben sie ja, für die Interessen der Nation kämpfen gegen das Buchkapital, von dem sie glauben, es sei in den Händen der Juden. Sie sind arnselfige Narren, die die Schwerindustrie vor ihren Karren spannen. Die christliche Diktatur der Badiischen Militärs wird mit Vergnügen den Hitlergardien nicht nur Salvarian gratis zur Verfügung stellen, wenn Bedarf vorhanden ist, sondern auch Gasgranaten, um damit die Arbeiter niederzuschlagen, die wirklich gegen das Kapital angehen wollen. Die nationalsozialistischen Führer sind Agenten der Schwerindustrie. Die Spießbürger, die Dollmetscher, die Arbeiter erst recht, welche den Nationalsozialisten nachlaufen, sind Betrogene und werden betrogenen Betrüger werden, wenn sie in Kämpfe gegen die Arbeiterfront treten werden; denn nur die Arbeiterfront kämpft gegen das Kapital.

Was aber wird Sowjetrußland tun?

Das hängt davon ab, was das Proletariat Deutschlands tun wird. Sowjetrußland ist der einzige Staat, der ernsthaft gegen die Ruhrbesetzung protestiert hat, protestieren konnte! Wenn es jemand gibt, der glaubt, Sowjetrußland werde „Deutschland befreien“, wenn gar diese Meinung nationalbolshewistisch vertreten wird, so ist daran klar und rund zu antworten: Sowjetrußland wird Hand in Hand kämpfen mit einem revolutionären Deutschland. Sowjetrußland wird aber nicht für ein bürgerliches Deutschland die Kasernen aus dem Feuer holen oder zu holen auch nur Anlaß haben.

So ist die Frage beantwortet, die wir oben genannt haben. Hilft sich das Proletariat, stürzt es die Bundesregierung, macht es eine bürgerliche Regierung oder eine Koalitionsregierung unmöglich, schafft es sich eine Arbeiterregierung, beginnt es den revolutionären Kampf gegen das eigene Kapital und gegen das fremde, so wird es nicht nur die russischen Arbeiter, sondern Sowjetrußland als Staat in seiner Existenz finden. Sowjetrußland wird wirtschaftlich helfen können, Sowjetrußland wird ein verbündetes Arbeiterdeutschland bei einem revolutionären Verteidigungskrieg auch militärisch helfen können. Hofft man aber auf die Hilfe Rußlands, um in Deutschland selbst den Kampf gegen den wirklichen Feind, die Bourgeoisie auszuweichen, so wird man vergeblich hoffen. Hilft dir selbst, Proletariat Deutschlands, und das Proletariat Rußlands wird dir helfen, ebenso wie das übrige Proletariat der Welt.

Die französischen Bergleute an die deutschen Berggläubigen.

In der „Humanité“ vom 3. Februar schreibt Genosse Eberlein, Generalsekretär des Rates Bergarbeiterverbandes Frankreichs:

Wir der großen Arbeitermassen verfolgen mit dem Kampf des französischen und deutschen Imperialismus an der Ruhr. Holt ihr dem Kapitalismus nicht diesen, so könnt ihr keine patriotische Rolle spielen, denn es war euer Parteinahme, der sich dem Arbeiter entgegensteht, der uns geschwächt hat. Wir haben im Kampf verloren, obwohl man uns siegen nennt. Und Revolutionär trug ein Schlag im Streik, wenn man die Unerschrockenen, aber die Unerschrockenen, diese Unerschrockenen, aber nur die kapitalistischen Interessen und waren auch gegen die französischen Arbeiter gerichtet. Seit 1919 sind über 4 Millionen französische Kohle aus Deutschland nach Frankreich gekommen ohne daß dadurch die Preise der Kohle in Frankreich gesunken wären. Wenn wir die durch heimische Kohleproduktion Frankreichs mit 2 Millionen Tonnen monatlich angehen, so bedeutet die eingeführte Kohle aus 15 Arbeitsmonate des französischen Bergproletariats. Hinter die so eingeführte Kohle vorläufig verfahren, haben wir unsere Kohleerzeugung, um unsere Kohle herabzusetzen.

Wir meinen - und das ist auch eure Aufgabe sein - daß die Späden des Krieges durch die Kapitalisten aller Länder gemacht werden. Es kann nicht geschloffen werden, daß die deutschen Arbeiter alle Löhne auf sich nehmen und die Löhne dann in Form der Arbeitslosigkeit auch auf die französischen und englischen Kameraden abgewälzt werden.

Wir sind Feinde des Versailles-Vertrages, weil er die Arbeiterklasse im allgemeinen und die Bergleute insbesondere ruiniert. Frankreich und den deutschen Arbeiter sind sich darin einig, alle Löhne auf sich nehmen, ohne Unterschied der Nation, abzugeben. Wir aber sind entschlossen, den internationalen Arbeitermassen entgegenzutreten und Euch über die Ursachen der Hände zu reiben. Wir müssen künftig uns solidarisch sein, nicht nur im Streik, sondern auch in der Aktion!

Die französischen Bergleute sind entschlossen, von ihren Arbeitgebern in Frage eine Lohnaufbesserung zu fordern. Dies sollte aber das Programm aller Bergarbeiter sein. Wenn die Aktion in Frankreich beginnt, sollte sie auch in Deutschland ausbrechen, nicht nur aus Solidarität, sondern aus der Erkenntnis gemeinsamer Interessen. Der Kapitalismus würde von einem gemeinsamen Kampf der französischen und deutschen Bergleute abweichen, weil er erkennen mußte, daß keine letzte Hoffnung, der sich bei jeder Gelegenheit verschreiben sei.

Brüder in Deutschland! Ihr habt, wie wir, gelernt. In unsere verschiedenen Streikbewegungen habt ihr unbewußt dem Internationalismus in die Hände gespielt. Diese Streiks sollen uns beiden zur Behauptung dienen und uns erheben lassen, daß in der ganzen Welt nur eine kämpfende Partei, die Arbeiterfront und die Arbeiterklasse, existieren. Es lebe die Internationale der Arbeiter in der Aktion!

Streikende Soldaten gegen den Imperialismus.

Streikend nicht werden in Pommern die Arbeiter-Militäre mit dem Inhalt der Erklärung der kommunistischen Jugend-Internationale beauftragt. Die Soldaten haben sie gelesen. Eine Kampagne wurde zum Abbruch kommandiert. Die Soldaten waren widerwillig. Darauf wurde Beschimpfung auf der Straße befohlen. Die Soldaten durften die Plakate beim Abbruch nicht lesen.

In Pommern wurden die Plakate ebenfalls an die Arbeiter verteilt.

Die Kommunalwahlen abermals vertagt.

Der Unfall der USPD.

Die Angst vor den Kommunisten.

Breslau, den 12. Februar 1923.

Vor einigen Wochen gab der sozialdemokratische Minister Severing im Hauptauschuß als auch im Plenum die Erklärung ab, „daß, wenn die neue Gemeindeverfassung nicht zu zeitig verabschiedet werden könne, auf Grund eines Folgegesetzes noch im Frühjahr 1923 die Kommunalwahlen stattfinden sollten.“

Und alle politisch nicht ganz Naiven, welche die sprichwörtlich gewordene Angst der USPD vor Neuwahlen kennen, hörten wohl die Botschaft des sozialdemokratischen Innenministers, schenken ihr aber keinen Glauben. Herr Severing hat nun glücklich einen Vorwand gefunden, um die Niederlage, die seiner Partei bei den Neuwahlen bereitet werden wird, zu verzögern.

Nach bürgerlichen und sozialdemokratischen Presseberichten hat der Vertreter der Staatsregierung im Ausschuß erklärt, „daß seit diesem Versprechen die politische Lage durch die Besetzung des Ruhrgebietes sich wesentlich verändert habe. Die Staatsregierung halte es nicht für ratsam, Neuwahlen vorzunehmen zu lassen, wenn große Bezirke des Staatsgebietes unter der Herrschaft des fremden Militarismus stehen. Auch in Oberschlesien und Ostpreußen seien die Verhältnisse noch so, daß sie zu Kommunal-Neuwahlen verfrüht sind.“

Mit dieser fadensteinigten Begründung hat die sozialdemokratisch-stimmige Koalitionsregierung tatsächlich die übermalige Verschiebung der Neuwahlen erreicht. Der Ausschuß beschloß nämlich, die Entscheidung über die Frage der Neuwahlen zu vertagen, bis die Lage im Ruhrgebiet besser zu übersehen sei.“

Wann Herr Severing die „Lage besser wird übersehen können“, steht noch dahin. Es ist bereits ein offenes Geheimnis, daß die Neuwahlen nicht im Frühjahr 1923, sondern erst 1924 stattfinden werden.

Geradezu köstlich ist das, was der Vertreter der Staatsregierung über Oberschlesien sagt. In Oberschlesien fanden in den letzten Monaten und Wochen Wahlen über Wahlen statt, nämlich: Abstimmung über die Autonomie, Reichs-, Landtags-, Provinzial-Landtagswahlen, Kreislandtagswahlen und in Hindenburg, Zaborze, Watersdorf auch Kommunalwahlen. Sämtliche Wahlen sind ohne Störungen verlaufen. Es bleibt das süße Geheimnis des Herrn Severing zu wissen, welche Gründe in Oberschlesien vorliegen, die zur Vornahme der Wahlen nicht ermutigen.“ Vielleicht hat Herr Severing an den Ausfall der Wahlen am 19. November gedacht d. r. der USPD, mehr als die Hälfte der Mandate und 50 Prozent der Stimmen gestiftet hat? Diese Wahl war für die USPD ganz gewiß nicht ermutigend. Für alle politisch klar denkenden ist es einleuchtend, daß die Besetzung des Ruhrgebietes kein Grund ist, die Wahlen in den unbefestigten Gebieten zu vertagen. Die sozialdemokratische Presse sucht ihren neuesten Unfall dadurch zu bemänteln, daß sie wieder einmal gegen die Kommunisten hehlt. Sie schreibt: „Die Kommunisten und Deutschnationalen traten für Neuwahlen ein. Aus ihren Argumenten klang nur zu deutlich heraus, daß lediglich parteipolitische Gründe ihre Haltung bestimmen.“ Glauben denn die Sozialdemokraten wirklich, daß außerhalb der Reihen der SPD und Gewerkschaftsangehörigen es politisch Denkende gibt, die der Ansicht sind, daß die löbliche Staatsregierung nicht aus parteipolitischen Erwägungen heraus die Neuwahlen hinauszuschiebt?

Die Patent-Demokraten der USPD haben durch ihre Haltung wieder einmal bewiesen, daß die Demokratie, der Wille der Wähler usw., für sie nur dann gilt, wenn

die eigenen Parteiinteressen nicht gefährdet sind. Je länger die USPD die Wahlen hinauszögert, um so gründlicher wird die Abrechnung sein, welche die klassenbewußten Arbeiter mit ihr vornehmen werden. Aufgehoben ist nicht aufgehoben und speziell die Breslauer Arbeiterchaft wird den Bourgeoisie-Sozialdemokraten bei den künftigen Kommunalwahlen die Quittung erteilen.

Schlesische Rundschau.

Die Bestattung der Opfer der Heinitzgrube.

Man schreibt uns: Am Sonntag nachmittag wohnte ich der Bestattung der 121 Opfer bei. Ich hörte u. a.: „Wie pietätvoll von der Verwaltung der Heinitzgrube, die Sorge um die Bestattung den Hinterbliebenen abgenommen und dieselbe so großartig arrangiert zu haben!“

Die hat auch alle Ursache es zu tun, damit den Proleten nicht etwa die Augen über die wahre Sachlage aufgehen. Alle städtischen Körperschaften wurden auf die Beine gebracht. Abordnungen der einzelnen Gruben und Hütten Oberschlesiens waren durch Direktoren und Beamte vertreten. In hüner Abwechslung folgten Schützengilde, Gesangsvereine, Feuerwehr, Polizei, Bergschüler, Fahnenzestionen, Musikkapellen usw. Und wie zum Hohne der Arbeiterchaft, reichte man sogar eine Abteilung Orchest in den Trauerzug. Wie ganz anders sahen die Kumpels in ihrer Knappentracht aus, im Vergleich zu den mit blanken, gepulhten Zylindern und mit eng über dem wohlgenährten Bäuchlein zugetropften Paletots gekleideten Direktoren und höheren Beamten. Gebeugt vom Schuffen und Schinden, hervortretenden Badentknochen, hochläufig und bleich vor Unterernährung, mit granddurchfurchten Zügen gingen die Bergleute einher, wie wandelnde Mumien und Skelette und nirgends fiel der Unterschied zwischen dem Arbeiter und seinem Peiniger so kraß auf, als wie in diesem Trauerzug.

Auf Lastautos zu je fünf bis sieben Särgen, mit einem großen Trauergesolge der Hinterbliebenen hinterher, brachte man die Toten zum neuen Friedhof Kofberg, wo sie in einem Massengrab beerdigt wurden. In der Trauerrede sagte unter anderem der Pfarrer der kath. Gemeinde von Beuthen, daß es (dieses durch grobe Fahrlässigkeit des kapitalistischen Raubbausystems verursachte Unglück) nun einmal Gottes Ratschluß wäre und appellierte an die Gottesfurcht, indem er ausführte, wie schön es doch früher in der alten, guten Zeit war, als ein jeder Bergmann vor der Einfahrt seine Schutzpatronin die hl. Barbara, um ihren Schutz anlehnte, den sie auch jedem gewährte, da doch früher kein großes Unglück vorkam, als wie wir das jetzt in der Gegenwart erleben. Dann scheint der Herr Pfarrer aber zu vergessen, als sich das Grubenunglück 1879 auf Kleophasgrube bei Kattowik D.-S. ereignete, dem über 100 Bergleute zum Opfer fielen. Da hat die hl. Barbara auch nicht helfen können.

Wann werden die Arbeiter nun endlich aufwachen und sich von der unheilvollen, sterilen Verdummungstaktik freimachen!

Man mahnt und ruft auf zur Heinitz-Hilfe durch Plakate, man rühmt die Freigebigkeit des Präsidenten und des Bischofs, die je 2 Millionen Mark spendeten, Aber was ist diese Lappalie im Verhältnis zu der ungeheuren Not der Hinterbliebenen? Nichts anderes, als wie ein Tropfen auf den heißen Stein!!

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Ein Gewerkschaftskarteil gegen die Notgemeinschaft.

Die am 4. Februar 1923 zu Löwenberg in Schlesien tagende Ortsauschussführung, in der sämtliche Vorstände und Delegierte der Gewerkschaften vertreten waren, nahm Stellung

1. zur Ruhrbesetzung,
2. zu dem von Seiten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen Aufrufes: einen Stundenlohn als Ruhrpuffer zur Ablieferung zu bringen.
Einstimmig lehnte der Ortsauschuß Löwenberg und Umgebung den Beschluß des ADB ab, und zwar mit folgender

Begründung:

Als seinerzeit Reichskanzler Dr. Brüch mit fester Entschlossenheit die Erfüllung des Versailler Friedensvertrages zur Ausführung bringen wollte, wurde ihm von den Deutschen Industrie- und Wirtschaftskapitänen schwerster Widerstand bereitet. Männer wie Rathenau verschwanden, weil sie die Taten ein Dorn im Auge, durch Meuchelmörder von der Tagesordnung. Dr. Brüch wurde gleicher Tod vorausgelagt, Trumpf auf Trumpf spielten die Gegner einer gelunden Erfüllungspolitik aus und an die Stelle des Dr. Brüch trat ein Mann, dessen Kurs voraussehen ließ, der schaffenden Klasse Schlag auf Schlag zu verfehen. Wohlweislich haben die deutschen Kapitalisten die Nichterfüllung des Friedensvertrages bestanden und an Stelle vernünftiger Erfüllungspolitik Kapitalpöppel treiben lassen. — Mit Absicht. — Es ist unsahbar, daß der ADB und Parteien diesen Abenteuer einer Regierung die kurz zuvor daran war, der Arbeiterchaft auf seinem Wege den Achtstundentag zu nehmen, die Hand bietet, Burgfrieden zu schließen. Nein, sie gingen noch weiter. Durch die Katastrophepolitik ließ auswirkende Steuerung auf allen Gebieten des täglichen Lebens in erschreckender Weise beschloß nun der ADB, bei ausgemerkten deutschen Arbeiterchaft einen Stundenlohn abzunehmen, um dadurch den armen deutschen Kapitalisten, deren Interessen bedroht, den Daseinskampf erleichtern zu helfen.

Die gesamte Versammlung erblickte in dem jetzigen Hand-in-Hand-arbeiten zwischen Kapital und Arbeit gleichen Verrat wie 1914. Dazumal bewilligten Parteien Kriegskredite auf Kriegskredite und beim Abenteuer 1923 bewilligten ADB und Parteien einer bürgerlichen Regierung die wirtschaftlichen Kredite in Form einer Zwangsanleihe. Wir hätten erwartet, daß, wenn schon die Führer der deutschen Arbeiterchaft das Trittbrett proletarischen Klassenkampfes verlassen zu haben scheinen, als Pfänder verlangt hätten:

- 1. Geheuliche Festlegung des Achtstundentages;
2. Ausbau der Sozialgesetzgebung;
3. Preisabbau landwirtschaftlicher Produkte;
4. Weltmarktpresse und Weltmarktlöhne;
5. Zurückziehung aller in Vorbereitung befindlichen Gesetze, welche die Arbeiterchaft in ihren Errungenschaften auf Jahre zurückwerfen würden.

Ferner stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß der deutsche Kapitalist ebenso gefährlich sei wie der französische und mit dem Eintreten des ADB für den deutschen Kapitalismus er damit den Boden der Internationale verlassen habe.

Die angenommene Resolution ist — das geht aus den Sätzen über die Erfüllungspolitik klar hervor — durchaus nicht kommunistisch, sondern sozialdemokratisch. Die Resolution zeigt aber, daß die sozialdemokratischen Arbeiter im Gegensatz zu ihren Führern die Notgemeinschaft ablehnen und Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen Kollegen gegen den neuesten Führerverrat kämpfen wollen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter in Löwenberg werden hoffentlich bald erkennen, daß die Gesamtpolitik der USPD ebenso falsch und arbeiterfeindlich ist wie die Einstellung dieser Partei zur Frage der Notgemeinschaft.

Zufände auf der Glühhilf-Friedenshoffnunggrube in Nieder-Hermsdorf.

Man schreibt uns:

Hier scheint die Kohlenjagd in voller Blüte zu stehen. Es werden die Kohlenwagen während der Seilschaft in den Schacht gedrückt. Die Kumpels müssen die Beine hochheben und auf die Wagen springen und haben nach beendeter Seilschaft kaputte Knochen. Wo bleibt die Beachtung der Bergpolizeilichen Vorschriften während der Seilschaft? Ferner ist hier der Aufsicher Kuffler von der 81. der die Arbeiter energisch schikaniert; er scheint der Grubengewaltige des Erbfolgeschachtes zu sein. Er bestraft und geht mit den Kumpels nach Belieben um. Hier wäre es Zeit, daß sich die Arbeiter energisch sowohl gegen diesen Menschenfreund als auch gegen die Sabotage der bergpolizeilichen Verhältnisse zur Wehr setzen. Sollen auch im Waldenburger Gebiet Opfer über Opfer dem kapitalistischen Raubbausystem gebracht werden? Die Ereignisse in D.-S. auf der Abwehr- und Heinitz-Grube reden eine so deutliche Sprache, daß alle Kumpels sich gegen das Spiel mit ihrem Leben wenden müssen!

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Vange betrachtete er das Bild und legte in Gedanken diesen bunten Bilderbogen als Mahstab an sein eigenes Leben an.

„Ist's denn in Wirklichkeit so?“ fragte er sich und fügte dann plötzlich derweisend hinzu:

„Und wenn es so wäre — so wär's doch recht langweilig. Sauber wär's, aber nicht lustig.“

Er ging langsam auf die Wand zu, riß das Bild herab und trug es in den Laden. Dort legte er es auf den Ladentisch, begann von neuem die Wandlungen des Menschen, die darauf dargestellt waren, zu betrachten und lächelte jetzt schon köstlich darüber. Und während er das Bild sah, dachte er in einem fort an Sawrits Schwester.

„Als ob sie wüßte, daß ich den Alten ermüdet habe. Wenn sie mich nicht liebt — warum redet sie dann so?“

Die Gedanken wälzten sich langsam und schwer in seinem Kopf, und von dem grellen Bilde stimmerte es ihm vor den Augen. Dann nahm er es, knüllte es zusammen und warf es unter den Ladentisch; aber es rollte wieder hervor gerade ihm vor die Füße. Dadurch aufgebracht, ließ er es nochmals auf knüllte es fester zusammen und warf es durch die Tür auf die Straße.

Auf der Straße ging es lärmend her. Diesseits auf dem Trottoir schritt jemand mit einem Knüttel in der Hand daher. Der Knüttel schlug auf die Füßen auf, nicht im Salt zu den Schritten, so daß es schien, als ob der Hahnschreitende drei Beine hätte. Die Landen garrten. Man hörte ein metallenes Klirren — ein Schornsteinfeger ging über das Dach. Eine Droschke fuhr an dem Laden vorüber. Ija ward schläfrig und begann einzunicken. Alles rings um ihn schien zu schwanzen. Er nahm halb im Schlafe die Rechenmaschine und zählte daran ab — zwanzig Kopelen. Davon zog er ab — hiebzehn Kopelen. Es blieben drei Kopelen. Er kniffte mit den Fingern nach den Kugeln, und diese drehten sich mit einem leisen Geräusch auf dem Draht, rühten auseinander und blieben stehen.

Ija seufzte, stellte die Rechenmaschine beiseite, legte sich mit der Brust auf den Ladentisch und verbarste in dieser Haltung ganz still, indem er auf das Klopfen seines Herzens lauschte.

Am nächsten Tage erschien Sawrits Schwester von neuem. Sie sah ganz so aus wie immer, trug dasselbe alte Kleid und hatte denselben Ausdruck im Gesicht.

„Ach du“, sagte Lunew im stillen, während er sie von seinem Zimmer aus feindselig beobachtete. Auf ihren Gruß antwortete er widerwillig, indem er gleich ihr den Kopf neigte. Sie ließ plötzlich ein gutmütiges Lächeln hören und fragte freundlich:

„Was sind Sie denn so blaß? Sind Sie etwa krank?“

„Ich bin gesund“, antwortete Ija kurz, indem er sich bemühte, das durch ihre Aufmerksamkeit hervorgerufene Gefühl vor ihr zu verbergen. Und dieses Gefühl war von angenehmer, freundlicher Art. Das Lächeln und die freundlichen Worte des Mädchens hatten sein Herz, so weich und warm berührt, aber er war entschlossen, ihr zu zeigen, daß er sich verletzt fühlte, und hoffte dabei im stillen, daß sie noch einmal so lächeln, noch ein zweites so freundliches Wort ihm sagen würde. Er war dazu entschlossen — und wartete voll Spannung, ohne sie anzusehen.

„Es scheint, daß Sie auf mich böse sind — daß Sie sich gekränkt fühlen“, ließ sich ihre Stimme vernehmen.

Ihre Worten klangen diesmal so ganz anders, so streng und fast rauh, daß Ija sie bestürzt anblickte. Sie war wieder ganz so stolz wie sonst, und etwas Hochfahrendes, Abweisendes lag in ihren Augen.

„Ich bin an Kränkungen gewöhnt“, sagte Lunew und lachte sie herausfordernd an, während ein kaltes Gefühl der Enttäuschung seine Brust ergriff.

„Ija, du scheinst mit mir spielen zu wollen“, sagte er sich. „Stehst du, und dann schlägst du! Nein, das paßt mir nicht.“

„Ich wollte doch Sie nicht beleidigen.“
„Das Wort 'Sie' hob sie besonders hervor, in einem belehrenden Tone, wie es Ija hörte.“

„Sie können mich auch schwerlich beleidigen“, versetzte er laut und herausfordernd. „Ich weiß doch, was Sie wert sind. Sie sind ein Vogel, der nicht hoch fliegt.“

Ganz erstaunt richtete sie sich bei diesen Worten empor. Ein heißer Drang, ihr alles zu vergelten, was sie ihr angetan, hatte ihn erfasst und langsam, absichtlich zögernd, warf er ihr harte, rohe Worte zu. Ihr Vornehmtum, dieser Stolz — die sollten sie nicht viel — In den Gymnasien kann jeder sich das aneignen. — Ohne das bishigen Gymnasium wären Sie eine einfache Näherin, oder ein Stubenmädchen. — Bei Ihrer Armut können Sie doch nichts anderes werden.“

„Was reden Sie da?“ rief sie leise, wie vom Schreden gelähmt aus.

Ija schaut ihr ins Gesicht und sah mit Vergnügen, wie ihre Adenflügel bebten, und ihre Wangen sich röteten.

„Ich sage nur, was ich denke, und ich denke, daß Ihre ganze Vornehmheit für'n Großen zu haben ist.“

„Ich weiß nichts von Vornehmheit“, rief das Mädchen mit gekelter Stimme. Ihr Bruder lief zu ihr hin, sagte ihre Hand und sagte, während er mit haßerfüllten Augen auf seinen Prinzipal sah:

„Komm, Sonka, laß uns von hier fortgehen!“

Lunew sah sie an und sprach:

„Sa — geht nur! Ich brauch' euch so wenig, wie ihr mich.“

Er sah sie beide noch einen Augenblick wie durch einen Nebel worauf sie verschwanden. Er lachte hinter ihnen her. Dann, als er allein im Laden war, stand er ein paar Minuten unbeweglich, in dem herben Wohlgefühl befreidigter Rache schwellend. Das verwirte, von Zweifel erfüllte, leicht erschreckte Gesicht des Mädchens hatte sich tief seinem Gedächtnis eingepreßt, und er war mit sich selbst zufrieden.

„Aber dieser Bengel — wie der gleich Partei nahm!“ ging's ihm plötzlich durch den Kopf.

Sawrits Verhalten war ihm wider den Strich, es störte seine Stimmung.

„Ein hochmütiges Pack!“ dachte er und er lachte für sich. „Jetzt müßte noch Sawrits kommen — der würde ich auch gleich gründlich heimleuchten!“

Er verspürte in sich den Drang, alle Menschen von sich wegzustößen, auf rücksichtsloseste, grösste Art, und er fühlte sich stark genug, dies zu tun.

Aber Sawrits kam nicht. — Den ganzen Tag war er allein, und dieser Tag erschien ihm schrecklich lang. Als er sich schlafen legte, kam er sich tief vereinsamt vor, und diese Vereinsamung erschien ihm noch peinlicher, noch verlebender als die Worte des Mädchens. Er erinnerte sich Olympia das und war der Meinung, daß dieses Weib ganz allein unter allen Menschen gegen ihn wirklich gut gewesen war. Er schloß die Augen, horchte auf die Stille der Nacht und lauerte gleichsam auf jeden Laut, und wenn ein Laut sich vernehmen ließ, erbeute er, hob ängstlich den Kopf vom Kissen empor und schaute mit weitgeöffneten Augen in die Finsternis. Und bis in den Morgen hinein vernachte er nicht einzuschlafen, sondern erwartete immerfort etwas, fühlte sich wie in einem Keller eingeperrt und erstreckte fast unter der Last seiner wirren, zusammenhanglosen Gedanken. Er erhob sich mit schmerzhaftem Kopf, wollte sich den Samowar bereitleiten, tat es jedoch nicht, sondern trank nur einen Krug Wasser, wusch sich und öffnete den Laden.

(Fortf. folgt.)

